Mitteilung

der Landesregierung

Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2014 des Rechnungshofs zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg – Beitrag Nr. 15: Förderung einer nachhaltigen Wald- wirtschaft

Landtagsbeschluss

Der Landtag hat am 5. Februar 2015 folgenden Beschluss gefasst (Drucksache 15/5915 Abschnitt II):

Die Landesregierung zu ersuchen,

- 1. das Verwaltungsverfahren entsprechend den Vorschlägen des Rechnungshofs zu vereinfachen und die Verwaltungskosten auf ein angemessenes Verhältnis zu den Fördermitteln zu senken. Dabei ist die spezielle Zielsetzung der Förderung des Kleinprivatwaldes und der hier vorherrschenden kleinteiligen Besitzstruktur zu berücksichtigen;*
- 2. die Förderung von Jungbestandspflegen für Kommunal- und Großprivatwaldbesitzer einzustellen;*
- 3. dem Landtag über das Veranlasste bis 30. Juni 2015 zu berichten.*

B e r i c h t

Mit Schreiben vom 29. Mai 2015 Nr. I-0451.1 berichtet das Staatsministerium wie folgt:

Das Verwaltungsverfahren zur Förderung von Maßnahmen nach der neuen Verwaltungsvorschrift über die Gewährung von Zuwendungen für Nachhaltige Waldwirtschaft (VwV NWW) in der EU Förderperiode 2014 bis 2020 wird unter Berücksichtigung der Vorschläge des Rechnungshofs vereinfacht. Eine tatsächliche Vereinfachung ist allerdings nur bei Maßnahmen möglich, die nicht mit EU-Mitteln über die Förderung der ländlichen Entwicklung durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) finanziert

Eingegangen: 02.06.2015/Ausgegeben: 05.06.2015

1

werden, da für ELER-Maßnahmen Kontroll- und Berichtspflichten vorgeschrieben sind, die einen deutlich höheren verwaltungstechnischen Aufwand implizieren als die nationalen Fördervorschriften.

Um den Verwaltungsaufwand vor diesem Hintergrund zu reduzieren, werden Maßnahmen der VwV NWW, die eine hohe jährliche Antragsanzahl aufweisen, aufgrund der kleinteiligen Besitzstruktur aber oftmals nur relativ geringe Förder volumina besitzen, zukünftig als rein nationalfinanzierte Staatsbeihilfen außerhalb des Maßnahmen- und Entwicklungsplan Ländlicher Raum (MEPL III) angeboten.

Gleichzeitig wird eine Trennung der Verwaltungsverfahren für EU-kofinanzierte und national finanzierte Beihilfen vorgenommen. Hierdurch können die EDV-Programme und Verwaltungsverfahren jeweils gezielt an die fachlichen und förderrechtlichen Anforderungen der national finanzierten und der EU-kofinanzierten Fördermaßnahmen angepasst und optimiert werden. Hierdurch werden eine Vereinfachung und eine zum Verhältnis der Fördermittel angemessene Reduktion der Verwaltungskosten realisiert.

Als weitere Maßnahme der Verwaltungsvereinfachung erfolgt die Förderung zukünftig weitgehend – wie vom Rechnungshof vorgeschlagen – auf der Grundlage von stückbezogenen Kostenpauschalen. Die Verwendung von Kostenpauschalen wie auch die Trennung der Verfahren führt gleichzeitig auch zu einer Reduktion des verwaltungstechnischen Aufwands seitens der Antragstellerinnen und Antragsteller, da hierdurch eine Vereinfachung der Antragsformulare und der Antragsbearbeitung ermöglicht wird. Eine weitere Vereinfachung des Antragsverfahrens wird dadurch erreicht, dass die Anträge zukünftig EDV-gestützt von den Antragstellerinnen und Antragstellern bearbeitet werden können.

Der speziellen Zielsetzung der Förderung des Kleinprivatwaldes und der hier vorherrschenden kleinteiligen Besitzstruktur wird in mehrfacher Hinsicht Rechnung getragen. Die Fördermöglichkeit für forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse wird deutlich gestärkt. Weiterhin wird ein neuer Fördertatbestand zur Förderung der Neugründung und Erweiterung von Gemeinschaftswäldern eingeführt. Außerdem werden Kleinprivatwaldbesitzerinnen und -besitzer exklusive darin unterstützt, durch eine zielgerichtete Pflege von Forstkulturen und Jungbeständen stabile und multifunktionale Waldbestände zu entwickeln.

Die Förderung der Jungbestandspflege im Kommunal- und Großprivatwald war eine wichtige Maßnahme zur Stabilisierung von Jungbeständen, die in großem Umfang durch das Orkantief „Lothar“ entstanden waren. Die Untersuchungen des Rechnungshofs haben ergeben, dass mittlerweile in diesem Bereich keine finanzielle Unterstützung mehr notwendig ist. Die Förderung von Jungbestandspflegen für Kommunal- und Großprivatwaldbesitzer wird deswegen bis auf Weiteres eingestellt. Für den Fall eines neuen großflächigen Schadereignisses wird gegebenenfalls zu prüfen sein, ob es für die Entwicklung stabiler multifunktionaler Bestände notwendig ist, die VwV NWW dahingehend zu ändern, dass die Förderung der Jungbestandspflege wieder auf den Kommunal- und Großprivatwald ausgeweitet wird.